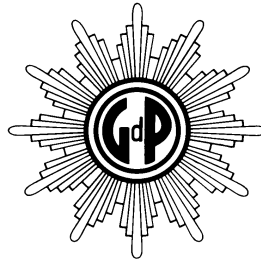


Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 25. Juni 2012

GdP gegen Kennzeichnungspflicht:

Witthaut: Sorgen um die Sicherheit der Polizeibeamten endlich ernst nehmen

Berlin. Gegen jegliche Form von namentlicher oder numerischer Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und -beamten hat sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ausgesprochen.

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Immer häufiger werden Polizeibeamtinnen und -beamte Ziel von Übergriffen, sogar wenn sie nicht im Einsatz sind. So wurden in Berlin Radmuttern an den Privatfahrzeugen unserer Kolleginnen und Kollegen gelöst. Es wird Zeit, dass die Politik die Sorgen der Beamtinnen und -beamten um ihre eigene Sicherheit und die Sicherheit ihrer Familien endlich ernst nimmt.“

Als „erschreckend“ bezeichnet es der GdP-Vorsitzende wenn die Einsatzkräfte als Ergebnis eines politischen Kuhhandels zwischen Koalitionspartnern ihre Haut zu Markte tragen müssen, wie das jüngst auch in Nordrhein-Westfalen geschehen ist. Dort steht die Kennzeichnungspflicht nun im rot-grünen Koalitionsvertrag.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190